

Auftaktveranstaltung zur Weiterführung des For.UMs

Ergebnisvermerk zur Besprechung am 29.09.2014 im StMAS

Teilnehmer: siehe anliegende Liste

Anlagen:

- Bulletin der Ministerratssitzung vom 9. September 2014
- Ergebnisvermerk zur Besprechung vom 15.09.2014 (Eckpunkte Verteilungsverfahren)
- LJHA-Beschluss vom 15.07.2014 „Allen jungen Menschen eine Chance geben!“
- Fotodokumentation der Pinnwände
- Schreiben des StMAS vom 20.10.2014 zur Schaffung von Not- und Übergangslösungen

1. Begrüßung, Einführung und aktuelle Informationen

Information seitens des StMAS zum aktuellen Sachstand hinsichtlich des Zuzugs sowie der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen (uM) in Bayern. Für 2014 wird erwartet, dass mindestens 3.000 uM neu in Bayern ankommen werden, auch in 2015 ist mit ähnlich hohen Zugangszahlen zu rechnen. Eine extrem hohe Konzentration besteht bei einigen wenigen Kommunen (insb. LH München, Stadt und Landkreis Rosenheim sowie Stadt Passau).

Zur Sicherstellung ausreichender Versorgungsstrukturen sowie einer gerechteren Verteilung wurden wichtige Grundsatzentscheidungen in der Ministerratssitzung am 9. September 2014 getroffen (siehe beiliegendes Bulletin), die auch von den Teilnehmern des For.UMs unterstützt werden. Weiterhin Bitte an alle Beteiligten, die bisherigen Planungen zur Schaffung zusätzlicher Plätze weiter voran zu treiben, um eine bedarfsgerechte Betreuung zum Wohl der uM trotz der enormen Zugangszahlen sicherzustellen. Um eine bayernweite Versorgungsstruktur sicherzustellen, müssen neben dem Ausbau der Platzkapazitäten in den zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen vor allem auch die bisherigen Planungen zur Schaffung zusätzlicher Plätze an Nachfolgeangeboten für uM weiter vorangetrieben werden. Ausführliche Information über die Sitzung am 15.09.2014 (insb. bzgl. des Verfahrens der landesweiten Verteilung): siehe beiliegender Ergebnisvermerk. Betonung, dass Verteilung v.a. zur Sicherstellung des Wohls aller ankommenden uM erforderlich ist.

Es folgte ein ausführlicher Austausch. Die festgestellten Handlungsbedarfe (siehe hierzu auch LJHA-Beschluss vom 15.07.2014) wurden dabei bestätigt und weiter konkretisiert und sollen eine wichtige Grundlage der Beratungen im For.UM sein.

2. Struktur/Arbeitsweise For.UM

- Arbeitsgruppen des For.UMs (s.a. beiliegende Fotodokumentation)
Für die einzelnen Handlungserfordernisse, die ressortübergreifend zu bewältigen sind, sollen in jeweiligen Arbeitsgruppen des For.UMs zeitnah Lösungen erarbeitet werden,

die anschließend vom Plenum des For.UMs beschlossen werden (analog Arbeitsweise LJHA).

Als besonders wichtig wurden folgende Themenfelder angesehen, die in jeweils eigenen AGs behandelt werden sollen:

⇒ Aufgriff, Verteilung, Verfahrensfragen:

Themen insb.: Vollzug, Zuweisungen; Vormundschaften, Altersfeststellung, Übergang Volljährigkeit, Aufgriff Bundespolizei.

Einzubeziehen in AG: StMAS, StMI, StMJ, Regierungen (SG 13 und SG 14, Regierungsaufnahmestellen), KSV einschl. Vertreter der Jugendämter, BLJA, LABEA, Vertreter der zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen, Bundespolizei, BAMF.

⇒ Gesundheitsbereich (inklusive Kinder- und Jugendpsychiatrie):

Themen insb.: Sicherstellung zeitnaher Gesundheitsuntersuchungen, Aufklärung/ Abklärung und Umgang mit ansteckenden Krankheiten, therapeutische/ kurative Angebote (einschließlich kinder- und Jugendpsychiatrische Angebote), Ernährung.

Priorität der Einberufung der AG bzgl. des Themas Sicherstellung zeitnaher Gesundheitsuntersuchungen und damit zusammenhängender Fragen.

Einzubeziehen in AG: StMAS, StMPG, KSV einschl. Vertreter der Jugendämter, Vertreter aus Einrichtungen (insb. zentrale Inobhutnahmeeinrichtungen), Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in BY, Vertreter aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie (z.B. Heckscher Klinik).

⇒ Beschulung

Themen insb.: Bedarfsplanung, Deutsch lernen, Übergangsklassen, Verbesserung von Absprachen Jugendhilfeplanung und Schulplanung, Flexibilität/Dynamisierung.

Einzubeziehen in AG: StMBW (FF), StMAS, StMI, öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe, Koordinatoren der Bildungsregionen.

⇒ Beschäftigung/Berufliche Bildung (inkl. Schnittstelle SGB II/III)

Themen insb.: Verlässlichkeit für Wirtschaft, JMD => Vernetzung, Kooperation/Vernetzung Wirtschaft – Jugendhilfe, Berufsschulen.

Ausländerrechtliche Fragestellungen

Themen insb.: Arbeitserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis, Verlässlichkeit für Wirtschaft, JMD => Vernetzung, Kooperation/Vernetzung Wirtschaft – Jugendhilfe, Berufsschulen.

Vereinbarung: wegen zahlreicher Schnittstellen beim Thema Beschäftigung/Berufliche Bildung mit dem Thema Ausländerrecht sollen die aufgeworfenen Fragen der beiden Bereiche in einer gemeinsamen AG behandelt werden.

Einzubeziehen in AG: StMAS (II 5, Beteiligung: I 5), StMBW, StMI, StMJ, KSV, öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe, RD Bayern, Vertreter der Wirtschaftsverbände/HWK/Innung, LAG Jugendsozialarbeit, Regierung.

⇒ Zielgruppenspezifische Standards/Empfehlungen für uM

Themen insb.: zielgruppenspezifische Bedarfe, breites Angebotsspektrum, Umgang mit Traumatisierungen, Verfahrensabläufe, Clearing, Klärung besonderer Bedarfe von uM, Verselbständigung, Übergang Volljährigkeit, Schutzauftrag => bestehende Einrichtungen, Kooperationspartner, Deutsch lernen, besondere Bedarfe Mädchen, Umgang mit Ablehnung von Unterstützungsangeboten.

In diesem Zusammenhang Betonung des StMAS, dass in diesem Bereich v.a. auch kurzfristige Vereinbarungen zur Sicherstellung von erforderlichen Übergangslösungen getroffen werden müssen (siehe hierzu das inzwischen erfolgte Schreiben des StMAS vom 20.10.2014 in der Anlage).

Einzubeziehen in AG: StMAS, BLJA, LJHA-Vertreter/KSV/LAG FW, öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe, Regierungen, Praktiker einschl. Vertreter aus Inobhutnahmeeinrichtungen. Enge Abstimmung/ Koordination mit Struktur LJHA erforderlich.

3. Weiteres Vorgehen

Zunächst Einladung zu den AGs und Behandlung der Themenfelder.

Noch zu behandelnde Fragestellungen wie Fort- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Fachkräftegewinnung etc. werden Inhalt des nächsten Plenums sein.

Für die Sitzungsleitung:

Für das Protokoll:

Isabella Gold

Seppel, Schenk, Knödl

München, 18.12.2014